

MANFRED HILDERMEIER

GESCHICHTE DER SOWJETUNION

1917 – 1991

ENTSTEHUNG UND NIEDERGANG DES
ERSTEN SOZIALISTISCHEN STAATES



sowjetischen Politik, die seit dem Terror der dreißiger Jahre ihresgleichen suchte, erscheint die bekannte Tatsache in neuem Licht, dass die Zöglinge Stalins das Ruder bis zur *Perestrojka* nicht aus der Hand gaben. Und auch Lenin und Stalin verbindet in dieser Perspektive erheblich mehr als nur die formale Zugehörigkeit zu ein und derselben Partei.

Wenn nun das Scheitern vor aller Augen liegt und es mit dem Untergang der kommunistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas im schicksalhaften Herbst 1989 das Ende nicht nur der Nachkriegszeit, sondern des gesamten «kurzen 20. Jahrhunderts» (E. Hobsbawm) herbeiführte, stellt sich die Frage nach den Ursachen. Dabei liegt auf der Hand, dass sie auf die Triebkräfte der Revolution und den Charakter der Gesellschaft, die sie begründete, insgesamt zielt. Vernehmlicher und einseitiger als alle anderen seit 1789 verkündete das russische revolutionäre Regime Aufgaben für die nahe und ferne Zukunft. Es definierte sich durch Leistungen, die erst noch zu erbringen waren. Die nachrevolutionäre Gesellschaft, die sich «sozialistisch» nannte (und im Folgenden nur in diesem Sinne ohne Anführungszeichen so bezeichnet wird), lebte gleichsam auf Borg; Unzulänglichkeiten der Gegenwart rechtfertigten sich durch das Versprechen einer bevorstehenden goldenen Zeit. Darin lag ein entscheidendes Motiv ihrer Möglichkeit; daraus bezog sie ihre anfängliche Dynamik; darin wurzelten aber auch gravierende Legitimationsprobleme von dem Augenblick an, in dem die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit immer offenkundiger wurde.

Weil die Aufgabe bis an die Schwelle der Gegenwart nicht bewältigt werden konnte, hat sich die Ordnung in geringerem Maße von ihrem Ursprung gelöst, als das unter anderen Bedingungen meist der Fall war. Nicht nur in seinem Selbstverständnis ist der nachrevolutionäre Staat eng mit der Revolution verbunden geblieben. Die Frage nach dem Kern der Gemeinsamkeit von siebenzig Jahren Sowjetgeschichte erweitert sich dadurch auch in die Vergangenheit: Wenn die gesamte Umwälzung von 1917 als Folge eines nicht mehr beherrschbaren Problemdrucks zu verstehen ist, verlängert die Zusammengehörigkeit von Revolution, nachrevolutionärer Gesellschaft und Zukunftsperspektiven einen erheblichen Teil dieser Altlasten bis zum Untergang des neuen Regimes (wenn nicht sogar, wie es angesichts der offenkundigen Probleme Russlands mit Demokratie und Liberalismus den Anschein hat, darüber hinaus). Eine Kontinuität wird sichtbar, die bei allen unleugbaren Veränderungen und Zäsuren nicht aus dem Blick geraten darf. Vieles spricht deshalb dafür, die Essenz der inneren Geschichte der Sowjetunion im Überhang vor allem *eines* Kardinalproblems der ausgehenden Zarenzeit zu sehen: in der fortdauernden Aktualität der Aufgabe, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bzw. – aus der Perspektive der Massen gesehen – das materielle Lebensniveau des «Westens» zu erreichen und dies mit einer freiheitlichen politischen Ordnung zu verbinden.

Seit Peter der Große unter dem nachhaltigen Eindruck seiner großen Reise nach Deutschland, Holland und England (1697/98) das oft beschworene «Fenster zu Europa» aufstieß, hat er sein Land einem Vergleich und einer Konkurrenz ausgesetzt, denen es im Grunde nicht gewachsen war. Fortan sah sich die russische Monarchie immer wieder genötigt, westliche Errungenschaften – technisch-industrielle, administrativ-politische ebenso wie sozialorganistorische – zu übernehmen, um die Großmachtrolle, in die sie parallel hineinwuchs, zu wahren. Zugleich bemühte sie sich, den politischen Wandel zu begrenzen. Wirtschaftliche und soziale Modernisierung sollten einhergehen mit der Konservierung der russischen Spielart des Absolutismus, der Autokratie. Erst spät und zögerlich hat sie sich auch zu politischen Konzessionen an eine Gesellschaft herbeigelassen, die sich mit der alten Machtlosigkeit nicht länger abfinden wollte. Wie immer man das Gewicht dieser Faktoren im Einzelnen veranschlagen mag, außer Zweifel steht, dass die große Umwälzung des Jahres 1917 nicht zuletzt aus der Unfähigkeit des alten Regimes zu erklären ist, den Wandel unter der zusätzlichen Belastung des Krieges unter Kontrolle zu halten. Die Februar- und die Oktoberrevolution versuchten, eine Antwort auf die politischen Partizipationsansprüche zu geben: die eine in Gestalt eines demokratischen Experiments, die andere in Form der Räteverfassung, die schnell dem bolschewistischen Parteimonopol wich. Unberührt blieb das wirtschaftliche und soziale Entwicklungsdefizit. Die neue Herrschaft übernahm dieses Defizit nicht nur als Erbe der Vergangenheit, sondern erhob es nachgerade zu ihrer *raison d'être*. Denn der Aufbau des Sozialismus, ihr erklärtes Ziel und ihre Legitimationsgrundlage zugleich, enthüllte schon bald seinen eigentlichen Kern: die Industrialisierung Russlands und den korrespondierenden sozialen Wandel fortzusetzen.

Allerdings sollten die Mittel und Wege dahin völlig andere sein. Anders als die liberale empfahl die bolschewistische Revolution – und darin lag eine fundamentale *Diskontinuität*, die ihren Namen rechtfertigt – der russischen Bevölkerung nicht, dem Westen zu folgen; vielmehr versprach sie im Gegenteil, die Leiden der kapitalistischen Modernisierung zu vermeiden und ohne Privatbesitz an Produktionsmitteln, ohne Ausbeutung und Kapitalistenherrschaft, ans Ziel zu gelangen. Mit gutem Grund nahm der Marxismus im Zuge seiner Anpassung an russische Verhältnisse eine ambivalente Färbung an. Anders als in seiner ursprünglichen Gestalt sollte er den Kapitalismus nicht nur überwinden, sondern dessen wichtigste Errungenschaften zuvor auch nachholen. Das neue Regime sollte *beides* tun: Russlands Umwandlung in eine Industriegesellschaft beschleunigen und zugleich die Mittel zu ihrer Aufhebung bereitstellen. Die Idee des Kommunismus verengte sich gemäß der bekannten Äußerung Lenins auf die Gleichung «Rätemacht plus Elektrifizierung».[1] In diesem Sinne erwies sich die

Sowjetunion als ein Modernisierungsregime neuer monokratischer und temporär totalitärer Art, dessen Hauptzweck in der zentral gelenkten, vom Monopol der bolschewistischen Partei politisch abgesicherten Mobilisierung der Gesellschaft zu größtmöglicher ökonomischer Leistung bestand. Dem widerspricht der Umstand nicht, dass nach dem Zweiten Weltkrieg weitere Antriebe hinzukamen. Im Gegenteil, sowohl die enormen materiellen Schäden, die zu beheben waren, als auch die neue Rolle einer Weltmacht verlangten auf Dauer eine Wirtschaftskraft, die der «kapitalistischen» ebenbürtig war. Nicht zuletzt die Unfähigkeit, diese imperiale Bürde in der gewählten Form militärischer Präsenz und Hochrüstung zu tragen, belegt die andauernde Bedeutung der wirtschaftlichen Aufholjagd. Die Sowjetunion ging letztlich an dem durchaus russischen Unvermögen zugrunde, die riesigen demographischen und natürlichen Ressourcen effizient zu nutzen.

Bei alledem versteht es sich von selbst, dass auch die Sowjetunion in sieben Jahrzehnten tiefgreifenden Veränderungen unterlag. Der Sprung ins Industriezeitalter wurde vollzogen. Die Urbanisierung machte rasche Fortschritte. Die berufliche Struktur der Bevölkerung wandelte sich grundlegend. Aufstiegs- und Bildungschancen nahmen ein Ausmaß an, das auf russischem Boden zuvor noch nicht erreicht worden war. Dieser Fortschritt war zum Teil von heftigen Schwankungen der inneren Politik begleitet. Zeiten relativer Bewegungsfreiheit, vor allem ökonomischer, wechselten mit Repression und allgegenwärtiger Androhung von Gewalt, Zentralismus mit einer gewissen Dezentralisierung, partielle Toleranz mit strikter Kontrolle, rasche Fluktuation an den Hebeln der Macht mit der Herausbildung einer neuen administrativ-politischen Elite, die sich weitgehend aus sich selbst rekrutierte. Zu den umstrittenen Fragen der Gesamtdeutung gehört, ob das sowjetische Herrschaftssystem (nicht die Wirtschaftsordnung) durch diesen Wandel eine andere typologische Qualität annahm. Viele Kritiker der Totalitarismustheorie neigten zu einem solchen klaren Trennungsstrich zwischen stalinistischer und poststalinistischer Ordnung. Sie mussten sich freilich durch die Ereignisse nach 1985 darüber belehren lassen, dass ihre eigene Interpretation neue Züge des Systems zum Teil zu hoch gewichtete und dadurch in die Irre ging. Im Licht der *Perestrojka* und des Fiaskos der Sowjetunion tut man sicher besser daran, im skizzierten Sinn von einem Kernbestand unveränderter Merkmale auszugehen, die dem Regime eine gewisse Einheitlichkeit gaben, dessen ungeachtet aber in seiner Geschichte Phasen von überwiegend deutlichem Eigencharakter zu unterscheiden. Der unbezweifelbare Wandel zerstörte seine Identität als historische Erscheinung nicht, verlieh ihm aber unterschiedliche Gesichter.

Im Anschluss an diese Überlegungen gliedert sich der Hauptteil der folgenden Darstellung nach der Vorgeschichte der Revolution (Kap. I u. II) in vier größere

Zeitabschnitte.

(1) Ein erster reicht von den Oktoberereignissen 1917 bis zur Wende von 1929/30. Er umfasst den Umbau der politischen und ökonomischen Verfassung im halben Jahr nach dem *Coup d'Etat*, die Verteidigung dieser «Errungenschaften» auf Leben und Tod im Bürgerkrieg und deren partielle Aufhebung nicht nur im wirtschaftlichen Leben während der sogenannten Neuen Ökonomischen Politik (NĖP). Nach seiner Rückkehr aus dem schweizerischen Exil im April 1917 hatte Lenin das Ende jener Revolutionsetappe ausgerufen, die in sozialdemokratischer Begrifflichkeit die bürgerlich-kapitalistische hieß. Stattdessen setzte er den Übergang zur sozialistischen Revolution auf die Tagesordnung. Viele mochten den heftigen Streit, der darüber auch in der bolschewistischen Partei ausbrach, für Haarspaltereien überdrehter Intellektueller halten. Die Maßnahmen der Räteregierung belehrten sie jedoch eines Besseren (Kap. III). Schon das erste halbe Jahr nach dem Staatsstreich vom Oktober brachte eine fundamentale Veränderung der Herrschafts-, Wirtschafts- und Sozialstruktur Russlands. Die fraglos schwache Demokratie, die faktisch oft in bloßer Herrschaftslosigkeit bestand, verschwand ebenso wie der Parteienpluralismus. Banken und größere Unternehmen wurden enteignet, Adel und Bürgertum verjagt und durch die Legalisierung der bäuerlichen Landnahme sowie die Nationalisierung der Industrie ihrer materiellen Basis beraubt. Der Bürgerkrieg zementierte diese wohl heftigste soziale und politische Umwälzung der neueren Geschichte und dehnte sie auf die eroberten Gebiete aus. Wenn die alte Elite noch eine Chance besaß, ihren Einfluss zurückzugewinnen, dann machte sie der nachgeholt, erbitterte Kampf um den Oktober unwiderruflich zunichte. Er zerstörte, was von der überkommenen Ordnung übrig geblieben war. Er zwang zur Mobilisierung aller Ressourcen, löste eine gewaltige Bevölkerungsbewegung aus und schuf in Gestalt neuer Staatsorgane und der Roten Armee mächtige, in dieser Form völlig neue Katalysatoren des sozialen Aufstiegs. Am Ende des Bürgerkriegs waren in der Tat ein neuer Staat, eine neue Wirtschaftsordnung und eine neue Gesellschaft entstanden, die auch einer tiefgreifenden Veränderung des Denkens und der gesamten geistigen Welt den Boden bereiteten. Revolution und Bürgerkrieg schufen die Grundstrukturen dessen, was von der Partei mehr und mehr als Sozialismus bezeichnet wurde.

Nach wie vor hält die Diskussion darüber an, in welchem Maße die NĖP (Kap. IV) dieses Erbe beseitigte und einen Neuanfang brachte. Dass sie der Landwirtschaft Luft verschaffte, den Kleinhandel und das kleine Gewerbe in Stadt und Dorf anregte, ist unbestritten. Man muss jedoch auch sehen, dass die politische Verfassung in dieser Zeit unverändert blieb. Die Räte, einst als Garanten und Organisationsform tatsächlicher politischer Partizipation der Bevölkerungsmehrheit gedacht, wuchsen in diese Rolle nicht hinein; sie blieben,

wie im Bürgerkrieg, von der wirklichen Macht ausgesperrt. Das Monopol der bolschewistischen Partei wurde nicht im Mindesten tangiert. Zwar brachen nach Lenins Tod in ihren eigenen Reihen heftige Fehden aus, die unterschiedliche Meinungen über den Charakter der Sowjetherrschaft und die künftige sozioökonomische Entwicklung des Landes offenbarten. Aber die Opposition wurde unterdrückt und die Meinungsfreiheit endgültig liquidiert. Die NEP war auch die Zeit des Aufstiegs Stalins und eines tiefgreifenden Strukturwandels in der Partei, der ihn erst ermöglichte. Diese Synchronie kam nicht von ungefähr. Eben der zehnte Parteitag, der im Frühjahr 1921 das Ende des Kriegskommunismus und den Beginn der NEP einleitete, beschloss auch das berüchtigte Fraktionsverbot. Lenin und die Delegierten wollten sich dem freien Spiel der Wirtschaftskräfte, das ihnen nicht geheuer war, nicht ohne Gegenwehr aussetzen. Ihre Überzeugung von der grundsätzlichen Überlegenheit des Sozialismus blieb von der neuen Wirtschaftspolitik völlig unberührt. Sie bestimmte nach wie vor die Struktur des neuen und neuartigen Staates.

(2) Dessen ungeachtet bedeuteten die Kampagnen der Dekadenwende eine tiefe Zäsur. Sie leiteten einen zweiten Abschnitt der sowjetischen Zwischenkriegsgeschichte ein, der bis zum deutschen Überfall dauerte (1929/30–22. Juni 1941) und durch die Etablierung der Stalinschen Herrschaftsordnung gekennzeichnet war. Die Redeweise von der «Revolution von oben» ist sicher insoweit gerechtfertigt, als sie auf das Ausmaß und die Gewaltsamkeit der Veränderungen verweist. Der schon dominante Parteiführer und seine Paladine versuchten, der ökonomischen Rückständigkeit des Landes mit anderen, rigoroseren Mitteln Herr zu werden. Zentrale Steuerung einer restlos verstaatlichten Wirtschaft durch die Planbürokratie und Zwang mittels willkürlicher staatlicher Gewalt lösten die marktvermittelte Regulation des Tausches zwischen Stadt und Land durch Preise und Steuern im Rahmen einer politischen Verfassung ab, die sich gewiss nicht durch demokratische Willensbildung oder Sorge um individuelle Freiheitsrechte ausgezeichnet, aber auf systematische Gewaltanwendung in großem Maßstab verzichtet hatte. Wie immer man den Stalinismus im Einzelnen definieren mag, er dürfte von der Konzentration aller Ressourcen auf den «großen Sprung nach vorn» einschließlich der uneingeschränkten Anwendung «außerökonomischer» Zwangsmittel nicht zu trennen sein. Insofern war Stalins vielzitierte Äußerung, die Sowjetunion müsse in zehn Jahren nachholen, was «der Westen» in hundert Jahren erreicht habe[2], in der Tat programmatisch: Sie formulierte *in nuce* die Richtschnur seiner inneren Vorkriegspolitik. Offen bleibt dabei, wie der Massenterror der Jahre 1937–38 hier hineinpasst. Man wird ihm weder mit pervertiert kalkulierender Rationalität noch mit psychopathologischen Erklärungen beikommen. Diffuse Angst vor «Diversanten» in einer zunehmend konfliktgeladenen, kriegsgefährlichen